

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 16. September 1931

Nummer 74

Vom 14. Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M.

(Schluß.)

Zum dritten Tagesordnungspunkt: „Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die Wierzigstunde wo a o e“, hielt Professor Dr. Lederer (Heidelberg) das einleitende Referat. Er entwarf darin ein wahrhaft gigantisches Bild vom etappenweisen Niedergang der Weltwirtschaft. In Hand reichen und vielgestaltigen Materials zeigte der bekannte Gelehrte die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage auf. Die heutige Krise läßt sich mit den früheren kaum vergleichen. Es besteht ein ungeheurer Unterschied in der Größe und in der Art, weil eben die Krise weit über die Größenvorfälle aller früheren Krisen hinausgewachsen ist. Es ist etwas anderes, ob man 5 Proz. oder 25 Proz. Arbeitslosigkeit zählt, und es ist etwas anderes, ob in der Produktion eine Verlangsamung des Wachstums festzustellen ist oder eine Rückbildung des Produktionsvolumens. Es kommt auch darauf an, welche Völker von der Krise betroffen werden. Früher hatten die ineinandergehenden Wirtschaftskörper der einzelnen Staaten der Weltwirtschaft gewisse Ausgleichstendenzen. Das ist heute kaum mehr der Fall. Die Krise hat ja fast die Welt in allen entscheidenden Punkten ergriffen. Früher wurde die Krise gewissermaßen als Schicksal hingenommen, heute nicht; denn wir wissen, daß die Krise durch ungeheure Fehler und Zerrüttern hervorgerufen wurde, weil der Kapitalismus die technische und wirtschaftliche Entwicklung nicht meistern konnte. In allen Sphären der Produktion sind technische Fortschritte und Veränderungen erreicht worden, die sich im Rahmen der Weltwirtschaft auswirken müssen. Wir stehen heute einer neuen technischen Welt gegenüber. Auch in der Rohstoffbasis sind Veränderungen spürbar. Technische Fortschritte, beschleunigte Rationalisierung haben in der Wirtschaft empfindliche Störungen hervorgerufen. In einer kapitalistischen Wirtschaft fehlt eben ein planvolles Vorgehen. Die erste Wirkung des neuen technischen Fortschritts war eine ungeheure Investitionskonjunktur, eine riesige Ausweitung der Produktion. Diese Konjunktur war begleitet von einer Steigerung der Preise und einer Aufwärtsbewegung der Kurse an der Börse. Das alles trieb zu einer Inflation der Werte. Man überwertete und trieb die Kurse an der Börse hemmungslos in die Höhe. Die Wirtschaftsgewerke, deren Papiere an der Börse günstige Kurse erzielten, erhielten leicht Kredite. Die Konstellation des Bankwesens hat die Kreditbeschaffung für bestimmte Industrien erleichtert. Einige Industrien erhielten große Anlagerechte, andre nicht. Es gibt heute in Deutschland eine ganze Reihe von Betrieben, die arbeiten möchten und auch arbeiten könnten, soweit der Markt in Frage kommt. Aber sie haben keine Mittel. Die Mittel sind in die Aktienkonzerne hineingefloßt worden, und zwar auch dort, wo die Kredite nicht sachgemäß verwendet werden konnten. Wichtige Exportindustrien konnten sich dagegen auf Kreditbasis nicht erweitern. Die Bedeutung der kleineren Industrien wurde nicht genügend erkannt und gewürdigt, vielleicht auch nicht von den Gewerkschaften. Das Kapital strömte vielfach nicht in die Kanäle, aus denen es stammte. Erschwert wurden die Verhältnisse ferner durch den Altersaufbau der Bevölkerung. Die zwei bis drei Millionen erwerbsfähigen Menschen, die wir heute in der Wirtschaft mehr haben, spielen in der Frage der Krise eine keineswegs unwesentliche Rolle. Der Bedeutung der Subventionen — und dazu gehören auch die Zölle — wurde nicht genügend und nicht rechtzeitig genug die nötige Beachtung geschenkt. Die Übersteigerung unserer Nahrungsmittelpreise ist eine schwere Belastung für die Exportindustrie. In der Öffentlichkeit begegnet man vielfach dem Glauben, daß die Krise in erster Linie oder fast nur auf politischem Wege zu heilen sei. Wichtig ist, daß heute eine sehr scharfe Berührung zwischen Politik und Wirtschaft besteht. Vor dem Krieg war die Wirtschaft politisch noch vielfach blind. Früher rechnete man nicht mit der Gefährdung der ökonomischen Zusammenhänge durch politische Ereignisse. Heute ist die Wirtschaft sehr heftig gegenüber politischen Stimmungen, und gerade die Ereignisse in der jüngsten Zeit haben das deutlich genug gezeigt. Man braucht ja nur an die Hitlerwahlen zu erinnern. Die politische Nervosität unserer Tage ist zweifellos eine starke Ursache der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Eine Vereinigung der politischen Probleme tut selbstverständlich not. Eine Zerreißen der internationalen

Wirtschaftsverflechtung aber bedeutet eine Katastrophe. Aufgabe der Politiker ist es, alte Zusammenhänge aufzuzeigen, die zwischen Politik und Wirtschaft bestehen. Weitere Wäpserung wäre die größte Gefahr. Die „Selbsthilfe“- und Autarkie-Idee ist gefährliche Romantik. Der tiefgewühlte Grund der Produktionsüberkapazität (Mehrerleistungsfähigkeit) muß ausgefüllt, ausgegossen werden mit Hilfe von planmäßig eingesetzten Krediten und unter Zerrüttung des hochgeschraubten Preisniveaus. Eine bewußte Senkung des Kapitalbluts für die Hauptadern der Wirtschaft ist nötig. Zur Frage der Wierzigstundewoche bemerkte Professor Lederer, daß eine Verteilung des Arbeitsvolumens durch die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei energischer Durchführung bis 800 000 Erwerbslosen Arbeitsgelegenheit verschaffen könnte. Er hielt es für unwahrscheinlich, daß selbst bei einer kräftigen Besserung der Lage sämtliche Arbeitslose von der Wirtschaft aufgefugt werden. Der Grund dafür liegt im Tempo des technischen Fortschritts. Wenn arbeitssparende Methoden eingeführt werden, so ist bestimmt noch keine Garantie gegeben, daß die Kapitalbildung rasch genug vor sich geht. Kapitalbildung durch Lohnsenkung ist aber bestimmt kein Weg zur Lösung der Krise. Der technische Fortschritt geht rascher vor sich als die Kapitalbildung, und deshalb ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil der Arbeitslosen noch lange freigesetzt bleibt, weil für sie kein Produktionsrahmen gegeben ist. Man kann Rohstoffe auf den Markt werfen, nicht aber neue Fertiger werden. Das Wachstum der Fertigungsindustrie kann nur in einem bestimmten Tempo vor sich gehen. Neue Produktionsmöglichkeiten müssen sich erst bilden. Sondernfalls haben wir mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit auf längere Zeit hinaus zu rechnen, und wir brauchen eine Organisation der technischen Entwicklung natürlich im weltwirtschaftlichen Rahmen. Das Arbeitsvolumen muß über die ganze Bevölkerung verteilt werden. Das soll eine bloß vorübergehende Notmaßnahme sein, sondern eine Dauermaßnahme. In der Frage des Lohnausgleichs gab der Referent der Meinung Ausdruck, daß es ein außerordentlicher Akt des Solidaritätsgefühls der Arbeiterschaft sei, wenn unter Verzicht auf Lohnausgleich oder teilweisen Verzicht darauf eine bessere Verteilung des Arbeitsvolumens in der Volkswirtschaft verlangt werde. Wenn sich die Wierzigstundewoche über kurz oder lang durchsetze, werde die deutsche Arbeiterbewegung eine nationale Leistung und eine der wichtigsten Etappen in ihrer Entwicklung vollbracht haben.

Das zeitgemäße Referat wurde mit großem Beifall vom Kongress aufgenommen und die vom Referenten aufgestellten Forderungen fanden lebhaften Unterstützung. Die Forderung nach Lohnausgleich oder gefestigter Einstellungszwang wurden im Laufe der Debatte so gut wie gar nicht laut. Das mag mit darauf zurückzuführen gewesen sein, daß in den meisten Industrien und Gewerben lediglich Stundenlöhne üblich sind und weil ferner vom Bundesauschuss proklamiert worden war, daß Arbeitsfreudung und Lohnausgleich in keinem grundsätzlichen Zusammenhang gebracht werden dürften, weil damit die Aussichten auf die Wierzigstundewoche zur Zeit vernichtet würden. Im weiteren Verlauf der Debatte geisterte insbesondere Tarnow die Schande des Kapitalismus mit beider Schärfe. Die Welt gleicht einem Zrennhaus, so sagte er u. a. Walle Scheunen und die Massen hungern, im Winter werden Hunderttausende frieren, in den Bergwerken wachsen die Kohlenhaufen bis in den Himmel. Millionen haben kein ganzes Hemd auf dem Leib und in den Baumwollländern vernichtet man die Ernte. In der ganzen Welt gibt es keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es Aufgabe der Wirtschaft ist, die Produktion zu erweitern und die Menschheit zu versorgen. Heute scheint es die wesentliche Kunst der Wirtschaft zu sein, möglichst planmäßig die Produktion und die Verborgung der Menschen einzuführen, trotzdem Millionen Entscheidungen tragen müssen.

Das Schlußwort Lederers wirkte besonders stark. Nur einige Kernsätze seien hier wiedergegeben. Er sprach u. a. von dem Begriff „Volksgemeinschaft“. Dieses Wort höre man immer nur dann, wenn es etwas von den Massen zu holen gibt, wenn von bestimmten Kreisen Opfer verlangt werden. Diesem inhaltslosen Volksgemeinschaftsbegriff gegenüber betonte Professor Lederer: Erst das, was sich jetzt

in der Arbeiterklasse zur Wilderung des Arbeitslosenelends andahnt, ist eine richtige Volksgemeinschaft. Ein Kommunismus der Arbeit. Die vorhandene Arbeitsmenge mit erheblichen Opfern für den einzelnen aufzuteilen, dieser Frage steht leider die Regierung mit vollständiger Apathie gegenüber. Und leider auch die überwältigende Mehrheit des Unternehmertums. Am so wichtiger ist es, daß nicht bloß die Gewerkschaften, sondern die weiteste Öffentlichkeit sich mit dieser Frage einer neuen Volksgemeinschaft befähigen, der einzigen Möglichkeit, aus dieser schweren Lage herauszukommen.

Bei der danach erfolgten Abstimmung über die zum Tagesordnungspunkt „Umwälzungen in der Wirtschaft und die Wierzigstundewoche“ vorgelegte Entschließung wurde diese mit allen gegen eine Stimme angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Dauer und Schwere durch die Überlagerung zahlreicher Störungen verursacht. Das gewohnte Preisniveau der kapitalistischen Wirtschaft, die Spannung zwischen Erzeugnisüberschüssen und Kaufkraft, hat außerordentliche Ausmaße angenommen. Mangetreten ist eine Reihe von Sonderurlaube, deren Wirktumen insbesondere Deutschland katastrophal getroffen haben.

Die Entwicklung der Krise hat in eindrucksvoller Weise gezeigt, daß die weltliche Emanzipation der Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Wandel erreicht hat. Die Welt steht vor der Wahl, die weltlichen Emanzipation durch eine radikale Abgabe an den Krieg, d. h. durch allgemeine Verwüstung, zu beenden und damit die notwendige Vorbereitung für eine Weltwirtschaft zu erfüllen — oder auf den weltwirtschaftlichen Zusammenhang zu verzichten und alle hieraus sich ergebenden schmerzlichen Folgen zu tragen.

Der Kongress bekräftigt mit Nachdruck die Forderungen, die der Bundesvorstand und der Bundesauschuss des ADGB, in ihren wiederholten Kundgebungen zur Einleitung des Weltwirtschaftsereignisses erhoben haben. In der Erkenntnis, daß selbst bei günstiger Entwicklung eine volle Ausnutzung des vorhandenen Produktionspotentials nicht sehr bald zu erwarten ist, betont der Kongress insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit ab zu verringern. Diese Maßnahme ist maßvoll und aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen unabwendbar.

Der Kongress bekräftigt den Bundesvorstand, die Forderungen nach der geschlossenen allgemeinen öffentlichen Arbeit weiterhin mit größter Entschlossenheit zu vertreten. Der Kongress verurteilt alle Funktionen der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mittelkräfte, sich mit allen Kräften für die Förderung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Erwerbslosheit ab zu lindern und die drohende Arbeitslosigkeit wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.

Am Nachmittag des letzten Verhandlungstages kam dann noch J o u r n a l (Paris), der Führer der freiorganisierten französischen Arbeiterschaft, zu Wort, um deren Grüße zu überbringen für ihre im schweren Kampf stehenden deutschen Arbeitsbrüder. Die heutige Krise sei nur durch internationale Zusammenarbeit und Zusammenstoß aller Völker zu überwinden. Die französischen Gewerkschaften seien von Herzen bereit, ihre ganze Kraft für die Erfüllung dieser Aufgabe einzusetzen.

Der Kongressvorsitzende dankte Jouhaux für den Gruß der französischen Arbeiterschaft und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es den vereinten Bemühungen der deutschen und französischen Arbeiter gelingen möge, die Regierungen der beiden Länder zu veranlassen, durch Verhandlungen die politische Atmosphäre zu reinigen und eine politische und wirtschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen. Nur durch Verständigung könne die Krise in Europa beseitigt werden.

In seinem zum vierten Tagesordnungspunkt, „Öffentliche und private Wirtschaft“, erstatteten großzügigen Referat untersuchte sodann Oberbürgermeister Bauer (Altona), ein ehemaliger Glasarbeiter, das Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft. Er bekannte sich zum Sozialismus und legte sich für Wirtschaftsdemokratie und Gemeinwirtschaft energisch ins Zeug. Der Referent ist ein Kenner der öffentlichen Wirtschaft wie selten einer. Bezeichnete es doch selbst die „Frankfurter Zeitung“ als erheblichen Gewinn, dem Redner zuzuhören. Er packte den Stier mutig bei den Hörnern. Schlag auf Schlag erfolgte der Angriff gegen die Kritiker, der in der öffentlichen Hand vereinigten Wirtschaftsteile. Den geregelten Gang der Gemeinde- und Wirtschaftsbetriebe und die saubere Verwaltung derselben stellte er in Vergleich mit den Methoden, wie sie in der Privatwirtschaft vor den sogenannten Wirtschaftsführern geübt werden. Öffentliche Betriebe vermögen sich in gleichem Maße kaufmännisch und technisch zu vervollkommen. So ausgerüstet sind sie privaten Betrieben gleicher Art nicht nur ebenbürtig, sondern sogar überlegen. Man spricht nach der Privatierung öffentlicher Betriebe. Eigenartigerweise denkt man dabei nur an Betriebe, die überschüssig abwerfen.

Auflösung der Sparten oder eine über den Sparten stehende Bewertung des Bildungsverbandes vorberaten, auf der Basis sachlicher und kollegialer Gleichberechtigung als abgelehnt erachtet, und zwar nach unserer Auffassung im Sinne einer gemeinsamen Einordnung in den Aufgaben- und Zielkreis des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, wie wir das schon in Nr. 67 als zweckmäßigste Richtlinie empfohlen haben. Nicht unerwähnt glauben wir die zu diesem Punkt abgegebene persönliche Erklärung des Schriftleiters des „Gruppischen Betriebs“ lassen zu dürfen, wonach es falsch sei, zu behaupten, daß er (Kollege Dörband) vom Bildungsverband zu Vortragstouren hinausgeschickt worden sei, um gegen die Sparten zu sprechen. Das habe er nie getan; aber er beanpruche für sich als Spartenmitglied das Recht, gegen Maßnahmen einzelner führender Personen der Sparten, die er als verfehlt beurteile, wie jedes andre Mitglied sprechen zu dürfen. Wir sind ebenfalls der Ansicht, daß das Recht persönlicher Meinungsäußerung in Spartenfragen den Mitgliedern des Bildungsverbandes keineswegs verweigert werden sollte. Aber man sollte von den gleichen Gesichtspunkten aus, was hier ohne jede persönliche Abhebung auf den Urheber vornehmend festgestellt sein soll, dann auch nicht der stark nach Unterbindung der Meinungsäußerung im „Korr.“ u. a. D. tendierenden Ansicht huldigen, daß der Bildungsverband geschädigt würde, wenn von anderer Seite, sei es von Verband oder Sparten ausgehend, Fragen oder Probleme, die den Aufgabenkreis des Bildungsverbandes mehr oder weniger berühren, nicht ganz im Sinne des Letzteren behandelt oder unterstellt werden.

Die dringende Notwendigkeit einer rein sachlichen, weder von Unter- noch Überordnung beeinträchtigten Zusammenarbeit auf fachtechnischem Gebiet zwischen Sparten und Bildungsverband trat beim nächsten Referat, das vom Kollegen Dörband über das Thema „Technische Probleme“ erlattet wurde, mit aller Deutlichkeit in Erscheinung. In großen Zügen, wirksam unterstützt von einer umfangreichen und vielseitigen Serie von Lichtbildern, bot der Referent einen geradezu überwältigenden Einblick in neuzeitliche fachtechnische Probleme, die, wenn sie in absehbarer Zeit praktisch verwirklicht werden können, eine ungeheure Umwälzung des gesamten Buchdruckgewerbes in Satz und Druck und allen dazu gehörigen Fachgruppen mit sich bringen würden. Die größte Gefahr droht von der nicht mehr nur in ihren Anfangsstadien stehenden Erfindung einer Lichtstrahlmaschine, die mit Hilfe der Photographie ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten der zukünftigen Typographie eröffnet, indem sie sowohl Metalllettern wie den Sandstrich zum größten Teil völlig ausschaltet und den Druck entweder dem Offset- oder dem Tiefdruckgebiet ausliefern kann. Zwar dürfte diese Entwicklung nicht nur durch die Last des heutigen viel zu umfangreichen Produktionsapparates, sondern auch durch eine wesentliche Verbesserung der neueren Satz- und Druckmaschinen sowie einzelner Arbeitsverfahren zunächst noch auf längere Zeit aufgehalten werden, aber keiner der Zuhörer dieses sehr instruktiven Vortrags, der über 2½ Stunden in Anspruch nahm und trotzdem bis zum letzten Augenblick festhielt, konnte sich des Eindrucks erwehren, daß Sparten und Bildungsverband unter dem gewerkschaftlichen Schutz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker auf fachtechnischem Boden vor Zukunftsaufgaben stehen, die ohne ernste Gefährdung der beruflichen Existenz aller Kollegen nur in enger Zusammenarbeit und stetig fortgeschreitender Anpassung an die technische Entwicklung gelöst werden können.

In der anschließenden kurzen Aussprache über dieses Referat zeigte es leider wiederum nicht an einigen Unfreundlichkeiten gegenüber der zeitgemäßen Vornehmung wichtiger Aufgaben gewerkschaftlicher Natur, durch die angeblich dem Bildungsverband gewisse Hemmnisse bereitet würden. Nicht unangebracht war daher die Fest-

stellung des Vorsitzenden der Zentralkommission der Drucker, daß dieser Vortrag am deutlichsten die Notwendigkeit der Sparten bewiesen habe, und daß die tags zuvor aufgestellte Behauptung des Kollegen Dreßler, wonach durch die technische Entwicklung die Sparten in den Hintergrund gedrängt worden seien, nicht richtig sei. Vielmehr seien die Sparten infolge der technischen Umwälzungen nötiger als je zuvor geworden, und zwar nicht nur zur praktischen Sicherung erträglicher Arbeitsverhältnisse in den Betrieben, sondern auch zur Erhaltung der Arbeitsplätze überhaupt, auch im Interesse der arbeitslosen Kollegen. Dies gelte schon seit jeher durch fortlaufendes Umlernen und Anpassen an die technische Entwicklung in Druckerberuf wie in allen andern Sparten und könne durch den Bildungsverband allein gar nicht in solchem Umfang bewältigt werden. So ließ auch diese Aussprache wiederum den alten, aber gänzlich überflüssigen Rangstreit zwischen Sparten und Bildungsverband aufsteigen, so daß wir uns verpflichtet fühlen, an dieser Stelle einmal mit aller Deutlichkeit auf die im Protokoll unseres Verbandstages in Frankfurt a. M. (Seite 160/161) und von unserm Verbandsparlament als richtig anerkannte grundsätzliche Beurteilung des Bildungsverbandes nach der organisatorischen Seite hinzuweisen. Es ist dort u. a. folgendes festgelegt: „... Der Bildungsverband ist keine Sparte in dem Sinne, was unter Sparten im Verband zu verstehen ist. Unsere Sparten haben nur ein Teilgebiet im Verband zu beackern, ihre Tätigkeit ist auf bestimmte Gebiete festgelegt, sie haben Bindungen durch die Organisation und sind der Verbandsleitung für ihre Handlungen verantwortlich und haben deren Anordnungen zu befolgen. Beim Bildungsverband lagen doch bisher die Dinge so, daß er tut und läßt, was ihm gut erscheint. Sein Wirken erstreckt sich auf das ganze deutsche Buchdruckgewerbe; er gliedert sich besondere Unternehmungen an, ist in seinen geschäftlichen und finanziellen Belangen ganz selbständig, dem Verbandsvorstand, als Leiter seines vornehmsten Kundenkreises, nicht verantwortlich. Der Begriff „Sparte“ im buchdruckerischen Sinn trifft also auf den Bildungsverband nicht zu. Wenn also dem Bildungsverband eine Vertretung im Verbandsvorstand zugestanden wird, dann nur, weil er Verbandsarbeit leistet. Wenn er nicht da wäre, müßten wir es tun, wie auch Kollege Seitz mehrmals gesagt hat, und weil ein Zusammenarbeiten im gegenseitigen Interesse liegt.“ Auch an andern Stellen des Protokolls vom Verbandstag in Frankfurt a. M. im Jahre 1929 sind noch sehr beachtenswerte Ausführungen in dieser Frage nachzulesen, die nach dem Satzprotokoll auf Seite 333 des Protokolls leicht zu finden sind.

Das im weiteren Verlauf der Tagung erstattete Referat des Kollegen Dreßler über „Betriebswirtschaft“ diente in der Hauptsache der vom Vorstand des Bildungsverbandes für die nächste Zukunft beabsichtigten Erweiterung des Aufgabengebietes des Bildungsverbandes nach der betriebswissenschaftlichen Seite hin. Es sollen insbesondere die Auswirkungen der Rationalisierung auf die menschliche Arbeitskraft schärfer als bisher beobachtet und auf ihre Zweckmäßigkeit geprüft werden. Gestaltung und Einzelheiten des Preistarifs, die betriebswissenschaftliche Buchführung wie auch eine eingehendere Beschäftigung mit allen Seiten der Betriebsführung sollen dazu dienen, den praktischen Sachmann wieder in den Vordergrund zu rücken. Die Selbstkostenberechnung soll gefördert werden und die Rentabilitätsfrage einzelner Betriebsabteilungen nach besten Kräften auch im Interesse der dabei zur Bewertung kommenden menschlichen Arbeitskräfte getaktet werden usw. Im allgemeinen handelt es sich dabei um Probleme, die bisher auf Unternehmerseite zum größten Teil nur in sehr einseitiger Weise behandelt und von Arbeiterseite nicht genügend beachtet wurden. Es sollen daher auf allen diesen Gebieten durch

den Bildungsverband mehr Klarheit und Wahrheit geschaffen werden und die dafür reichlich vorhandenen Kräfte in Kollegenkreisen gestärkt und gestützt werden, und zwar durch entsprechende Vorträge, Kurse und Schriften. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und in der anschließenden kurzen Aussprache als zweckmäßige und sehr zeitgemäße Bereicherung des Aufgabengebietes des Bildungsverbandes begrüßt.

Am Abend des zweiten Verhandlungstages folgten die Teilnehmer des Vertretertages einer Einladung der Ortsgruppe Weimar zur Feier ihres 25jährigen Bestehens, die einen sehr kollegialen Verlauf nahm.

Der dritte Verhandlungstag begann mit der Abgabe einer Erklärung eines Vertreters der Ortsgruppe Kiegnitz, die leider wiederum so allerhand Tendenzen enthielt, die von gewerkschaftlichen Grundfragen aus nur zu bebauern sind. Da im Bericht der „Typographischen Mitteilungen“ diese Erklärung der ungenügenden Wiedergabe wert gehalten wurde, sind wir leider gezwungen, sie auch den Lesern des „Korr.“ nicht vorzuenthalten und sie nachfolgend nur in der Fassung wiedergzugeben, die im Bericht der „T. M.“ enthalten ist:

Am Mittwoch, 26. August, nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung der Kollege Volkman (Kiegnitz) das Wort zu einer Erklärung, in der er zum Ausdruck bringt, daß in den am Tage zuvor gehörten Referaten Gebiete erörtert wurden, die grundlegend sind nicht nur für unsere Bildungsarbeit, sondern auch für die Gewerkschaft schlechthin; denn auch jeder betriebsförmige Stand im Gewerkschaftsstamp wird vom Gegner schnell erkannt als Probe, wenn nicht ein zweifellos williges diplomatisches Verhandlungsgebilde unterläßt. Da man vom Betriebsvorstand, der sich ja auch nur aus Menschen annehmen, nicht noch zweifellos Willen auf die Verwirklichung verlangen kann, hätte er sich gefreut, wenn der Vertreter des „Korr.“ erklärt hätte: diese beiden Vorträge gehen in ihrer Wirkung über den engen Kreis der Betriebsbildung hinaus; sie sind so lebenswichtig für die Gewerkschaft, daß die Wahlen des „Korr.“ für sie weit wichtiger sind. Die Gesamtverhandlungen des Vertretertages legen den Gedanken nahe, endlich in die Ortsvereinsverhandlungen und in die Werkstätten mit Stimm einzugreifen. Es muß versucht werden, mehr Aktivität in dieser Frage zu entfalten; die Fragen über Verbandszusammenschluß in den Ortsvereinsverhandlungen müssen stellen gegenüber werden sofort verurteilt. Daß das möglich ist, beweisen die Verhältnisse in Kiegnitz, wo wir betriebsförmig die Verhältnisse haben, und wo unsere großen Wertkräfte vom Betrieb und von allen Sparten mit getragen werden. Noch einmal: Mehr Aktivität!

Gern hätten wir aus kollegialen und taktischen Gründen auf jede Bemerkung zu dieser Erklärung verzichtet, wenn deren Berücksichtigung in den „T. M.“ uns nicht dazu zwingen würde. Wir nehmen dabei an, daß der Urheber dieser Erklärung nur die Referate der Kollegen Dörband und Dreßler im Auge haben konnte, denn andre kamen am zweiten Verhandlungstage nicht in Frage. Dazu wäre nun nur zu bemerken, daß das Referat des Kollegen Dörband die ihm zukommende Würdigung in dem heutigen Bericht in ausreichendem Maße gefunden hat, und daß infolge der Unmöglichkeit, die in Frage kommenden Lichtbilder mit einzuschließen, an dieser Stelle leider kein tieferer Einblick in das betreffende Thema geboten werden kann. Und was das Referat des Kollegen Dreßler anbetrifft, handelt es sich in der Hauptsache um Zukunftsaufgaben, von deren Durchführung es erst abhängen wird, ob sie nicht durch sich selbst wirken oder ob sie noch der besonderen Unterstützung durch den „Korr.“ bedürftig sein würden. Sollte das im Interesse der gesamten Kollegenchaft nötig werden, wird dies gewiß nicht veräußert werden; wir hoffen nur, daß uns dies je nachdem dann nicht wieder als Hemmung ungestörter Betätigung des Bildungsverbandes ausgelegt wird. Mit aller Deutlichkeit hat der Vertreter des „Korr.“ in Erfahrung in der Aussprache über diesen Punkt darauf hingewiesen, daß es sich hierbei um sehr diffizile Fragen handelt, bei denen nur fachtechnisches Wissen auch in der Bergangenheit nicht besonders ausschlaggebend war, vielmehr

Die rumänischen Staatsdruckereien

In allen Ländern sind die Regierungen befreit, ihre wirtschaftlichen Unternehmungen nach zeitgemäßen rumänischen Grundfragen zu führen. Das ist neuerdings auch in Rumänien der Fall, wo man durch ein vor kurzem verabschiedetes Gesetz die verschiedenen staatlichen Druckereien auf eine neue finanzielle Grundlage stellen will. Bisher wurden die Staatsdruckereien betrieben in Form eines öffentlich-rechtlichen Regieunternehmens, das sich streng an die in einem besonderen Gesetz festgelegten Richtlinien zu halten hatte. Daburth entbehrten die Druckereien der Beweglichkeit, die nötig war, um die einzelnen Betriebe rentabel zu gestalten. Außerdem war der Verwaltungsapparat stark aufgebläht, was man schon daraus ersieht, daß die Leitung oblag einem Verwaltungsrat, einem Direktionsrat und verschiedenen Jenseitern. Auf Grund des neuen Gesetzes, das demnächst in Kraft treten wird, ist den Betrieben ihre finanzielle Selbständigkeit gelöst. Die Leitung hat ein Generaldirektor, dem ein Direktionsauschuß zur Seite stehen wird. Erreichbarerweise ist die Zahl der Mitglieder dieses Direktionsauschusses verhältnismäßig klein gehalten, so daß die einheitliche Leitung einigermaßen gewahrt bleiben dürfte.

Trotz der einheitlichen Leitung sämtlicher Betriebe — es handelt sich im ganzen um vier — bleibt wiederum jedem einzelnen Unternehmen eine gewisse Selbständigkeit, so daß auch hier die persönliche Tätigkeit der Betriebsleiter entscheidend. Von den staatlichen Druckereien befinden sich drei in Bukarest, der Landeshauptstadt, und zwar folgende: Imprimeria Centrala, Imprimeria Nationala und die Druckerei der „Monitorul Oficial“. In Chişinau befindet sich die Fabrica de Timbre si Imprimeria Chişinau.

Eine kurze Schilderung der einzelnen Betriebe dürfte auch für die Leser dieser Blätter von Belang sein. Als wichtigste ist die Imprimeria Centrala zu nennen. Sie gibt vor allem den „Monitorul Oficial“ heraus, das täglich erscheinende Regierungsorgan, in dem sämtliche Gesetze, Verordnungen, amtlichen und halbamtlichen Regierungsmeldungen erscheinen. Außerdem werden die Gesetzeblätter, die Verordnungsblätter der zahlreichen Staatsbehörden usw. dort gedruckt. Die Gesetzestexte werden auch in Form von Broschüren und Büchern herausgegeben. Umfangreich sind auch die Aufgaben, die durch den Druck der Vorlagen für die gesetzgebenden Körperschaften und die Sitzungprotokolle entstehen. Dieser Betrieb ist der größte Druckereibetrieb des Staates. Er verfügt über 16 Linotypemaschinen, eine große Handschere, in der zeitweilig bis 100 Setzer arbeiten, außerdem Flach- und Rotationsdruck. Dementsprechend sind natürlich je eine Stereotypie für Flach- und Rotationsdruck vorhanden. Als Nebenbetriebe werden geführt: eine Buchbinderei und eine Reparaturwerkstatt.

Die Imprimeria Nationala ist erst kürzlich von der Regierung käuflich erworben worden. Die dient vor allem dem Notendruck. Da sie aber über gute Einrichtungen für Lithographie verfügt, werden auch Luxusdrucke usw. dort ausgeführt. Die mechanische Setzerei verfügt über 15 Monotypemaschinen (Taster) und 10 Gießmaschinen (ebenfalls Monotype). In der Druckerei finden wir 16 moderne Druckmaschinen, darunter 6 Miehle-Maschinen. Außerdem sind 3 Lithographiemaschinen vorhanden. In der Handschere der Imprimeria Nationala sind ebenfalls etwa 100 Setzer beschäftigt. Im gleichen Betrieb werden Kartontagen, Briefumschläge usw. hergestellt. Eine große Buchbinderei wird auch den Beifall des westeuropäischen Fachmannes finden. Sämtliche Werträume sind mit mo-

deren Maschinen ausgestattet. Sehr umfangreich ist der Vorrat an den verschiedensten Schriftarten.

In der Fabrica de Timbre werden vor allem Postwertzeichen, Banknoten und Stempelmarken hergestellt. Da in Rumänien der Bedarf an allen möglichen Stempelmarken sehr groß ist, hat man dort stets reichlich Beschäftigung. Daß die Ausführung dieser Arbeit ganz besonders erstklassig sei, kann man nicht behaupten. Wer einmal rumänische Banknoten mit längerer Unlaufzeit in Händen gehabt hat, wird uns das bestätigen. Die Ausführung der verschiedenen Druckaufträge erfolgt in Typographie und Lithographie mit Raffet. Gut eingerichtet erschien uns die Abteilung zur Klischeeherstellung.

Für die Gemeinde- und Bezirksbehörden arbeitet vorzüglich die Imprimeria Chişinau. Sie ist normal ausgestattet, hat Setzerei, Druckerei, Buchbinderei und Stereotypie.

Im allgemeinen können die Leistungen der Staatsdruckereien befriedigend. Daß sie allerdings — wie man in Rumänien oft behauptet — der Güte der Druckarbeiten in westeuropäischen Ländern gleichkommen, wollen wir nicht so ohne weiteres als zutreffend unterstellen. Immerhin kann man sie für südosteuropäische Verhältnisse als voll befriedigend ansprechen.

Die Zahl der Betriebsangehörigen bei den staatlichen Druckereien stellt sich nach den letzten amtlichen Veröffentlichungen auf 1204. Davon sind 1095 Arbeiter und 109 Beamte.

Nach Angaben rumänischer Regierungsstellen hat der Umsatz bei den staatlichen Druckereien unter normalen Verhältnissen einen Gesamtwert von 280 Millionen Lei. Er verteilt sich auf die einzelnen Betriebe wie folgt:

sozial- und wirtschaftspolitische Kenntnisse wesentlich wichtiger sind, wenn der Mensch nicht nur Sklave des Produktionsprozesses sein soll; und daß es nur zu begriffen sei, wenn dieser Notwendigkeit in Zukunft im Bildungsverband mehr Beachtung als bisher zuteil werde. Zum dritten Punkt der Erklärung des Kleinigen Kollegen verzichteten wir gern auf jede Bemerkung, weil es nur Sache der Verbandsmittelglieder sein dürfte, sich damit zu befassen oder auch nicht. Wozu wir jedoch den Hinweis nicht unterlassen möchten, daß der Vorsitzende des Bildungsverbandes im weiteren Verlauf der Verhandlungen feststellte, daß die hier in Frage kommende Erklärung nicht als eine offizielle Kundgebung des Vertretertages, sondern nur als Meinungsausprägung eines einzelnen zu beurteilen sei. Er hatte die Zusammenarbeit mit dem Verbandsvorstand für richtig, nur möchte er Bestrebungen zurückdrängen, die den Bildungsverband schädigen und in seiner weiteren Entwicklung hindern können. Wir sind auch demgegenüber so frei, darauf hinzuweisen, daß dies in erster Linie innerhalb des Bildungsverbandes selbst zu geschehen hätte; denn ein Recht des letzteren, außerhalb jeder Kritik innerhalb der deutschen Berufssozialpolitik zu stehen, gibt es nicht! Eine Auffassung, wonach jede Kritik zu unterbleiben hätte, weil daraus vielleicht eine Schädigung des Menschen oder der wirtschaftlichen Unternehmungen des Bildungsverbandes entfallen könnte, müßte, in allen ihren Konsequenzen ausgedacht, im Interesse des Bildungsverbandes selbst als unhaltbar beurteilt werden. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für den Verband der Deutschen Buchdrucker. (Schluß folgt.)

Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung

Als im Juli 1930 die erste Notverordnung erschien, entzündete der herrliche Reichsarbeitsminister Siegerwald seine Angriffe auf die Sozialversicherung mit dem berühmten Satz: „Man kann nicht immer Sozialpolitik treiben!“ Seitdem ist positive Sozialpolitik nicht nur ganz vernachlässigt worden, es sind auch auf zahlreichen Einzelgebieten wesentliche Verschlechterungen notwendig worden. In erster Linie gilt das von dem heute wichtigsten Zweige der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung. Die Stellung der Regierung Brüning-Siegerwald zur Arbeitslosenfrage wurde kürzlich drastisch und treffend charakterisiert durch einen Ausspruch des Reichskanzlers, mit dem er im Kreise seiner Zentrumsfreunde der Freude darüber Ausdruck gab, daß die für den bevorstehenden Winter geschätzten 7 Millionen Arbeitslosen kaum erreicht werden würden, zumal von den Bauarbeitern keine erhebliche Vermehrung zu erwarten sei, weil von diesen sowieso nur noch wenige in Arbeit seien. Das erinnert an einen alten lieben Buchdrucker, der infolge einer tariflichen Differenz mit dem „Folter“ zum letztenmal den Löffel auf den Kastenrand stellte mit der plausiblen Begründung: „Na, man kann ja sowieso nicht viel einbläuen!“, und seine Strafe zog. Freilich ließ in diesem Falle der alte Wigbold seinem Galgenhumor die Zügel schießen, während Herr Brüning seine Feststellung natürlich als erste staatsmännische Erkenntnis aufgefaßt wissen will.

Mit der wirtschaftspolitischen Kalamität der Arbeitslosigkeit ist aber nicht zu spaßen. Denn nachdem schon in den ersten beiden Juliwochen die sommerliche Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zum Stillstand gekommen war, hat in der zweiten Julihälfte die Zahl der Arbeitsuchenden bereits wieder eine Zunahme erfahren, nämlich um 28 143. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen nahm in den zwei Wochen um 37 099 zu, während die Zahl der arbeitsuchenden Frauen um 8956 zurückging. Ingesamt wurden am 31. Juli 1931 3 990 000 Arbeitslose gezählt, das sind 1 291 505 mehr als am gleichen Tage des Vor-

jahres. Trotz der Zunahme der Arbeitslosen in der zweiten Julihälfte um rund 28 000 ging in derselben Zeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um 39 105 auf 1 204 880 zurück, während sich in der Krisenfürsorge die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 67 350 auf 1 026 633 erhöhte. In beiden Unterstützungsrichtungen zusammen wurden Ende Juli d. J. 2 231 513 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, das waren 65,9 Proz. der Arbeitslosen. Von den übrigen 44,1 Proz. (absolut 1 758 487) Arbeitslosen waren aber nur 1 063 470 anerkannte Wohlfahrtsunterstützte. Die übrigen 695 017 Nichtunterstützte sehen sich zusammen als Arbeitslosen, für die am 31. Juli die Wartezeit noch lief, oder die „wegen mangelnder Bedürftigkeit“ nicht in die Krisenfürsorge oder Wohlfahrtsunterstützung übernommen wurden; ferner aus Personen, über die eine Sperrfrist verhängt war oder die ohne Kenntnis des Arbeitsamtes krank waren und schließlich aus arbeitslosen Sozialrentnern und beschränkt Erwerbsfähigen.

Die in der zweiten Julihälfte eingetretene Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen verteilt sich mit 23 998 auf die Saisonarbeitslosen und mit 4745 auf die vorwiegend konjunkturell beeinflussten Berufsgruppen. Bei den Außenberufen lag die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden Ende Juli 1931 um 478 706 und bei den übrigen Berufsgruppen um 812 799 höher als Ende Juli 1930. Im Bau- und Gewerbe wurden in den letzten beiden Juliwochen allein 11 967 arbeitslos. Die Zahl der verfügbaren Bauarbeiter erreichte damit den Stand von 346 538, während die Zahl der arbeitslosen Bauhilfsarbeiter auf 242 838 stieg. Das sind insgesamt rund 200 000 arbeitslose Bauarbeiter mehr als zur selben Zeit des Vorjahres. Gleichwohl waren Ende Juli noch 40 Proz. der gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter (Maurer, Zimmerer, Maler, Glaser, Bauhilfsarbeiter und andre) in Beschäftigung, so daß immerhin — und zwar entgegen der Meinung des Herrn Brüning — noch einige hunderttausend Bauarbeiter auf Pfahle gesetzt werden könnten.

Im Vertriebs- und Gastgewerbe waren Ende Juli 1931 90 294 männliche und 9167 weibliche, zusammen 99 461 Arbeitskräfte ohne Beschäftigung, von diesen waren rund 15 000 ohne Unterfertigung aus der Arbeitslosenversicherung oder der Krisenfürsorge. Dazu kommen die Kurzarbeiter, die bei den gewerkschaftlich organisierten allein 10 Proz. betragen. Die Zahl der vollständig arbeitslos in der Vertriebs- und Gastgewerbe erhöhte sich in der letzten Julihälfte um 2007, davon 1765 Männer. Und diese Verschlimmerung im ganzen trat ein, obwohl in mehreren, überwiegend ländlichen Bezirken die Zahl der Arbeitslosen abnahm, so daß sich in den industriellen Bezirken die Kalamität ganz fühlbar verschärfte.

Betrachten wir die Gewerkschaftsmitglieder im allgemeinen für sich, so ist festzustellen, daß am 26. Juli 1930 4 545 737 Mitglieder erfaßt wurden, von denen 2 983 000 oder 65,6 Proz. vollbeschäftigt, 631 903 oder 13,9 Proz. Kurzarbeiter und 930 777 oder 20,5 Proz. arbeitslos waren. Am 25. Juli 1931 wurden bei der Zählung 4 197 087 Gewerkschaftsmitglieder erfaßt, von denen nur noch knapp die Hälfte, nämlich 2 092 050 oder 49,9 Proz. vollbeschäftigt, 803 375 oder 19,1 Proz. Kurzarbeiter und 1 301 622 oder 31,9 Proz. ganz arbeitslos waren. Für die Gesamtheit der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter stellte sich danach die Lage des Arbeitsmarktes so, daß nur noch rund die Hälfte vollbeschäftigt, rund zwei Zehntel kurzarbeiteten und reichlich drei Zehntel ganz arbeitslos waren. Im Vertriebs- und Gastgewerbe waren im Juli 1930 noch 80,8 Proz. vollbeschäftigt, die aber bis zum Juli 1931 auf 63,9 Proz. sanken. Und dabei sieht es in andern Gewerben noch viel schlimmer aus. So sank der Beschäftigungsgrad in der Lederindustrie von 62,5 Proz. im Juli 1930 auf 32,7 Proz. im Juli 1931.

Aus der Statistik der Krankenkassen, die bekanntlich die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mit einbehalten, ist zu entnehmen, daß trotz der Vermehrung der Arbeitslosen vom Juli 1930 bis dahin 1931 um rund 14 Millionen sich die Beitragssumme der Arbeitslosenversicherung, die abgesehen von rund 500 freiwillig gegen Arbeitslosigkeit Versicherten, sämtlich in Arbeit stehen, seit Januar 1931 von 11 944 223 bis Juni 1931 um 941 383 auf 12 885 606 vermehrt haben, eine Erhöhung, die nur durch Neueintritt jugendlicher und weiblicher Personen in den Arbeitsprozeß zu erklären ist.

Und nun die Finanzlage der Reichskassen für Arbeitslosenversicherung in den Monaten von Januar 1931 bis Juni 1931:

1931 Monat	Vertraags- zahler im Monats- durchschnitt	Einnahmen in M.	Ausgaben in M.	Zulchuf (-) Abzug (+)
Januar	11 944 223	135 126 410	184 421 481	- 49 295 071
Februar	11 539 506	112 652 619	182 494 968	- 69 842 349
März	11 642 004	119 118 855	192 346 831	- 73 227 976
April	12 250 702	108 407 029	143 097 232	- 34 690 203
Mai	12 730 003	112 631 138	132 995 770	- 20 364 632
Juni	12 885 606	121 853 042	117 740 894	+ 411 148

Trotz Vermehrung der beitragszahlenden Versicherten sind die Ausgaben auf dem Wege der Notverordnungen vom 26. Juli und 1. Dezember 1930 auf weniger als zwei Drittel herabgedrückt worden, so daß bereits der Monat Juni einen Überschuf von mehr als 4 Millionen Mark erzielte. Dabei ist die Notverordnung vom 6. Juni 1931, die eine weitere Einschränkung der Leistungen in der Arbeitslosenilfe brachte, noch gar nicht zur Auswirkung gekommen, da sie erst am 29. Juni bzw. 13. Juli 1931 voll in Kraft trat. Wir dürfen deshalb auf die Finanzlage in der zweiten Jahreshälfte sehr gespannt sein. Aber so viel steht heute schon fest: Herr Siegerwald hat zum Schaden der Arbeitslosen und der gemeindlichen Wohlfahrtsunterstützung wirksame Arbeit geleistet. D. P.

Korrespondenzen

Braunschweig. (Handfeger.) Am 16. August fand hier das zweite niederländische Handfegertreffen statt. Rund 500 Kollegen — das sind fast zwei Drittel der organisierten Handfeger im Gau Hannover — konnte Kollege Rehbock, der Vorsitzende der hiesigen Vereinigung, begrüßen. Ferner hieß er willkommen die Vertreter des Gauvorstandes, der Bezirksvereine, der Sparten und des Bildungsverbandes, die der Tagung den besten Verlauf wünschten. Und nicht zuletzt galt kein Gruß dem Vertreter der Zentralkommission, Kollegen Fehold (Berlin) und dem Vertreter des Gaues An der Saale, Kollegen Geißig (Halle). Der Kernpunkt der Versammlung war das Referat des Kollegen Fehold: „Aus der Arbeit für die Sparte“, in dem alle aktuellen Fragen aus der Handfegerbewegung ausführlich behandelt wurden. In der darauf folgenden Aussprache wurden hauptsächlich das Thema „Handfegerpartei und Bildungsverband“ und die Frage der 40-Stunden-Woche berührt. Es wurde als völlig absurd bezeichnet, wenn die Handfegerpartei zugunsten des Bildungsverbandes aufgelöst würde, zwei Jahre angestrengter Arbeit wären dadurch nutzlos verendet. Die Handfegerpartei habe durch ihr Wirken auf tariflichem Gebiet ihre Existenzberechtigung bewiesen. Es sei unmöglich, die Bildungsarbeit der Sparten auf den Verband des Bildungsverbandes zu übertragen. Von einem Vertreter des Bildungsverbandes wurde betont, daß es möglich ist, daß die spartenfeindlichen Kräfte im „Korr.“ von Mitgliedern des Bildungsverbandes stammen, aber die Ansicht der Artikel-schreiber ist nicht die der Mitglieder des Bildungsverbandes. Der Bildungsverband als großes und ganzes bekämpfe nicht die Sparten, sondern wünsche ein gezieltes Hand-in-Hand-Arbeiten. Folgende Entschließung fand dann einstimmige Annahme: „Die in der letzten Zeit im „Korr.“ aufgetauchte Spartenfrage und die Behandlung, die dieselbe durch die Mitglieder des Bildungsverbandes erfahren hat, hat einen fast allgemeinen Unwillen bei den Mitgliedern der Sparten hervorgerufen. Die anwesenden Kollegen der Handfegervereinigungen im Gau Hannover erwarten von ihrer Zentralkommission, daß diese auf der Vertretertagung des Bildungsverbandes zum Ausdruck bringt, daß die Spartenmitglieder eine beratige Befestigung der Sparten ganz entfallen beurteilen und daß dem Zusammenarbeiten der Sparten mit dem Bildungsverband dadurch kein Dienst erwiesen wird. Hochhaltung der Verbandstagsbeschlüsse und der Abmachungen der einzelnen Sparten mit dem Bildungsverband sollte auch vom Bildungsverband zu erwarten sein. Die Regelung der Spartenfrage ist eine Angelegenheit der Organisation und nicht des Bildungsverbandes.“ Die Aussprache in der Frage der 40-Stunden-Woche fand ihren Niederschlag in folgender Entschließung: „Die heutige Verammlung der Handfeger im Gau Hannover fordert die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche im Rahmen der Vor schläge des Verbandsvorstandes zur Befestigung oder Wiltzung der Arbeitslosigkeit.“ — Der Nachmittag vereinte die Kollegen zu einer Besichtigung des Domes, und mit einer kollegialen Feierstunde fand das Handfegertreffen seinen Abschluß.

Hamburg. In unserer Versammlung am 8. September teilte Vorsitzender F. Kunzler das Ableben von fünf langjährigen Mitgliedern mit, deren Andenken nie üblich geht wurde. Seit der letzten Versammlung ist die Zahl der erwerbslosen Kollegen von 870 am 25. Juni auf jetzt insgesamt 1290 gestiegen, ohne Kranke, deren Anzahl 90 beträgt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde vom Kollegen Krißella eine Resolution eingereicht und begründet, betreffs des Verbots der Hamburger „Wolfszeitung“ und der dadurch fähig erfolgten Schädigung der in diesem Betrieb beschäftigten Arbeiter. Die Resolution wurde nur deshalb abgelehnt, weil Kollege Kunzler erklärte, daß der Verbandsvorstand bei der Reichsregierung vorstellig geworden sei wegen des Presseverbots im allgemeinen, und daß es zwecklos und überholt sei, heute noch eine Resolution anzunehmen. Sodann erhielt der Vorsitzende des 11. Bezirks des ADGB, Kollege Ludwig Hein, das Wort zu seinem Vortrag „Die Notverordnung und die Stellungnahme der freien Gewerkschaften“. In fünfviertelstündiger, rhetorisch seinen Ausführungen ging der Redner auf die Wichtigkeit und einschneidenden Belastungen für die Arbeiterklasse ein, immer wieder betonend, daß in der Bekämpfung dieser Schandverordnung auf die SPD und der ADGB, hinter niemandem zurückzubleibe, nur über den einschlagenden Weg herrsche keine Einheit. Im übrigen bewegten sich seine zu beherrschenden Worte im Rahmen der Wirtschaftspolitikk des ADGB. Zum Schluß ging der Redner noch zur Aufführung auf die Haltung der SPD und des ADGB gegenüber der Brüning-Regierung überhaupt des näheren ein, dabei hervorhebend, daß unsre Vertreter aus Verantwortungsgesühl für die gesamte Arbeiterchaft sich ihre Stellungnahme doppelt und dreifach überlegen müßten. Dasselbe treffe auch zur Bürgerchaftswahl am 27. September auf Hamburg zu, denn die Arbeiterchaft habe trotz allen Geschreies der SPD, noch sehr viel zu verlieren. Unter stürmlichem Beifall forderte er zur Stärkung des Einflusses der SPD in Hamburg auf durch Wahl der Liste 1. In der Aussprache beteiligten sich zwei Kollegen von der Opposition und zwei Kollegen, die sich sukzessive anhörten. Im kurzen Schlusswort konnte Kollege Hein in überlegener Weise der Opposition nachweisen, daß sie zum Vortrag sehr wenig zu sagen wußte und daß trotzdem die Einheit der Arbeiterchaft kommen wird im Sinne der Anterdammer Internationale und des ADGB. In Deutschland, Wollt ihr, so tief kein der Versammlung zu, daß die Arbeiterchaft ganz Deutschlands mit Stolz nach Hamburg bilden kann, dann wählt am 27. September die SPD-Liste 1. (Starker Beifall.) Mit dem Dank des Vorsitzenden an den Referenten fand die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Hamburg. (Maschinenfeger.) Am 16. August hielten wir unsre diesjährige Wanderversammlung in Wilsen ab. Während die Damen einen Spaziergang durch die Umgebung machten und die Beschäftigung einer Gemütsaufhebe vornahmen, traten die Kollegen zur Versammlung zusammen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden Katho und unsres Wilsener Vertrauensmannes wurde in die Tagesordnung eingetreten. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende den Arbeitslosenstand bekannt und zog dabei Vergleiche mit dem Vorjahr. In längeren Ausführungen gelangte er dann

Imprimeria Centrala rund 80 000 000 Lei
 Fabrica de Timbre rund 55 000 000 Lei
 Imprimeria Chisinau rund 35 000 000 Lei

Insgesamt rund 280 000 000 Lei

Hierzu kommen noch die Einnahmen aus der Herausgabe des „Monitorul Oficial“ mit jährlich etwa 100 000 000 Lei.

Nach der Bilanz für das Jahr 1930 hatten die Staatsdruckereien ein bewegliches und unbewegliches Inventar im Werte von 263 089 451 Lei. Hierzu kommen noch Rohmaterialien, Halbfabrikate und lagernde Fertigerzeugnisse im Werte von 69 403 395 Lei.

Im Jahre 1930 wurde ein Reingewinn von 76 863 812 Lei erzielt, der sich ergab nach Abzug der dem Staat zustehenden Anteile (über deren Höhe merkwürdigerweise nichts ausgesagt wird), der Zuwendungen an verschiedene Fonds (12 862 886 Lei) und der Amortisation in Höhe von 17 242 480 Lei.

Wie fäh die geschäftliche Lage der Betriebe unter dem neuen Regime gestalten werden wird, muß man abwarten. Man sollte aber annehmen, daß die Neuregung einen noch höheren Reingewinn im Gefolge hat.

Interessenten, die über Fragen der Buchdruckerei usw. in Rumänien Einzelanfragen benötigen, seien auf das Mittteleuropainstitut in Dresden verwiesen, das von in- und ausländischen Behörden gefördert wird und seine wesentlichste Aufgabe darin erblickt, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der mittel- und südeuropäischen Länder untereinander zu fördern. Das Mittteleuropainstitut verfolgt keine geschäftlichen Zwecke und steht uneigennützig den Angehörigen aller Wirtschaftskreise zu Diensten.

Dresden.

Dr. Erwin Peggall.

auf die allgemeine Wirtschaftslage ein, wandte sich gegen die Bestrebungen der Unternehmer, die Leistungslohn abzubauen, was von unserer Seite mit einem Abzug unserer Leistungen beantwortet werden mußte, und erludte die Kollegen, den Angriffen der Unternehmer auf den Lohn energisch entgegenzuwirken. Vor allem mußten wir uns bemühen, die jetzigen Vorgänge auf wirtschaftlichem und lohnpolitischem Gebiet genau zu verfolgen, sie fest in unser Gedächtnis aufzunehmen und für spätere Zeiten die Aufmerksamkeit zu ziehen. Er wies auf verschiedene Fälle von Lohnsenkungen hin und gab entsprechende Aufklärungen bezüglich der Rechte der Kollegen; vor allem warnte er, den Lohn wochenlang „stehen“ zu lassen. Im Anschluß an die Vereinskommunikation erstattete Kollege Rath den Bericht von der Vorstandskonferenz in Berlin, wobei er gleichzeitig das letzte Rundschreiben der Zentralkommission mit in den Bereich seiner Betrachtungen zog. Mit einem dringenden Appell an die Funktionäre und Mitglieder, ganz besonders in der jetzigen Zeit fester denn je zusammenzutreten und durch regen Versammlungsbetrieb das Interesse an Verband und Sparte zu fördern, schloß Kollege Rath seine Ausführungen. Eine lebhafte Aussprache, die sich im Sinne des Berichts bewegte, setzte nun ein. Vor allem wandte man sich gegen die Lohnabbau-Bestrebungen der Unternehmer, die ihre Mitglieder direkt und indirekt dazu auffordern. Auch aus der Versammlung wurden die Kollegen aufgefordert, sich stets ihrer Pflichten gegen Verband und Sparte bewußt zu bleiben und jeden Spaltungsbestrebungen entgegenzutreten. Nur durch feste Gesinnung und Einigkeit im Verband können wir den Ansturm der Unternehmer überwinden. Der vom Kassierer gegebene Kassenbericht über das zweite Vierteljahr wurde auf Antrag der Revisoren genehmigt. Unter „Technischem“ konnte dann Kollege A h a t noch interessante Mitteilungen über die „Ubertypen“ machen, die ihm von befreundeter Seite zur Verfügung gestellt wurden. Die Versammlung nahm auch diese Ausführungen mit großem Interesse entgegen; allgemein wurde bedauert, daß die mittlerweile weit vorgerückte Zeit es nicht mehr gestattet, diesen Vortrag gehörig auszusprechen. — Nach der in jeder Beziehung anregend verlaufenen Versammlung wurde das Mittagessen gemeinsam mit unsern Damen eingenommen und hierauf ein „Verdauungspaziergang“ nach dem idyllisch an der Elbe gelegenen Ort Soppote angetreten. Nach einem Stunden kollegialen Zusammenseins brachte uns ein Schnellzug zur festgesetzten Zeit wieder nach Hamburgs Geisden zurück. Der Dank aller Teilnehmer gebührt aber unsern Winzener Kollegen, die sich alle Mühe gegeben hatten, uns den Sonntag zu einem wirklichen Sonnenschein, d. h. Erfolgstag werden zu lassen.

Karlsruhe. (M a s c h i n e n s e h e r.) Neben der Erfüllung unserer gewerkschaftlichen und sozialistischen Pflichten im Verband und der Sparte darf auch „unwollen“ und gerade in der heute leider so freudlosen Zeit, die Buchdruckerfamilie zu ihrem Recht kommen. Diesen Grundgedanken bildete auch unser diesjähriger J a m m l u n g s f e s t am 16. August nach Heilbronn. Die lange Reiseperiode hatte einen kleinen Teil von Kollegen von der Teilnahme an diesem Ausflug absperrig gemacht; dafür hatte aber die Schar Unentwegter einen um so schöneren Tag, denn Petrus war uns den ganzen Tag über günstig gesinnt. Von den Heilbronnern am Bahnhof empfangen, ging es durch die Stadt nach dem ausichtreichen Wartberg. Von dort aus fanden Autos zur Verfügung, die uns nach Weinsberg brachten, wo nach einer Besichtigung der Burg Weisertreu Kostproben vom Heilbronnener Riesling und Drollinger genommen wurden. War die Stimmung schon am Vormittag eine recht animierte, so steig sie am Nachmittage bei dem allgemeinen Buchdruckerfest im „Wingerhaus“ in Heilbronn aufs höchste. Der geräumige Saal war gut besetzt. Ein kleines Orchester untersteht die zahlreich erschienenen Buchdruckerfamilie mit Hotten Weisen, während der Gesangsverein „Gutenberg“ Heilbronn mit herrlichen Liedervorträgen aufwartete. Auf die herrlichen Begrüßungsreden des Vorsitzenden des Maschinenhervereins Heilbronn, Kollegen D o l f S c h i l l e r, und des Orts- und Bezirksvereinsvorsitzenden Kollegen S e i n r i c h dankte im Auftrage der Karlsruher Kollegen deren Vorsitzender P r e t l e mit warmen Worten für die gute Aufnahme und die bewiesene Gastfreundschaft und Solidarität. Die Förderung und Pflege der Kollegialität sei maßgebend bei diesem Treffen gewesen, das die freundschaftlichen und kollegialen Bande nur noch fester geknüpft habe. Nur zu rasch waren die schönen Stunden verfliegen und im Gleichritt ging es zur Bahn. Den Heilbronnern auf diesem Wege nochmals unsern herzlichsten Dank für die Mühe und Arbeit, die damit verbunden waren, und ein baldiges Wiedersehen!

Kassel. (V i e r t e l j a h r s b e r i c h t.) Die Arbeit im letzten Vierteljahr war, in Unbetracht einer steigenden Erwerbslosigkeit und dem hiermit sehr oft verbundenen Anrufen der Schlichtungsinstanzen, außerdem durch die zahlreiche Einführung von Kurzarbeit und die sich hierdurch ergebenden Betriebsverlagerungen und Verhandlungen eine sehr anstrengende. Von den drei Versammlungen war die, in welcher Gauvorsteher K e p e d s mit einem Referat „Zeit und Streikfragen“ aufwartete, wohl die beachtenswerteste, war doch das Thema zu einer ausgiebigen Aussprache sehr geeignet. Der Besuch war dementsprechend auch der denkbar beste. Das sich anschließende Jubiläumsfest kann als ein wildiges Buchdruckerfest bezeichnet werden. — Die Beteiligung an der Maidemonstration war trotz Rückgang, gemessen an vergangenen Jahren, den Verhältnissen entsprechend. Die Bearbeitung der Außenbezirke durch Vorträge hat großes Entgegenkommen bei den Bezirkskollegen gefunden und es ist um so mehr zu bedauern, daß uns Sparrmaßnahmen auf allen Gebieten zwangen, eine Einschränkung auch hier vorzunehmen. Von weiteren Sparrmaßnahmen wurden die bezugsberechtigten Durchreisenden durch Streichung des Praktikums betroffen. Die von uns als Organisation eingeführte Erwerbslosenkartei beginnt sich als Beobachter und Feststeller aller unangenehmen Auswüchse auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung unentbehrlich zu machen. Die vom Bezirksverein arrangierte Erwerbslosenwanderung, veranlaßt durch die Verabreichung von Kaffee und Kuchen, hat den Erwerbslosen ihre Zugehörigkeit zu einer so schönen und großen Organisation so recht vor Augen geführt. Weiter ist es durch unser energisches Durchgreifen gelungen, das Restantenunwesen zu beseitigen. Würden

wir nicht über mangelndes Interesse bei unsern Jungbuchdruckern an ihren Veranstaltungen usw. zu klagen haben, so könnte man mit dem Ergebnis unserer Arbeit zufrieden sein. Auch für die Zukunft wird sich unser ganzes Augenmerk auf unsern Nachwuchs richten, um auch hier ein zufriedenstellendes Resultat zu erzielen.

Mainz. Am 15. August fand eine B e z i r k s v e r s a m m l u n g statt, in der unter zweier Verbandsvorsitzender B a r t h (Berlin), der sich auf einer Vortragsreise im Gau Mittelrhein befand, ein anderthalbstündiges Referat: „Unsre Aufgaben in Staat und Gesellschaft“ zu Gehör brachte. Er verstand es, in seinen fesselhaften Ausführungen sich eine aufmerksame Zuhörerhorde zu sichern. Das mit großem Interesse verfolgte Referat löste lebhaften Beifall aus. Die hierauf erfolgte Aussprache bewegte sich in sachlichen Bahnen, und der Referent konnte in seinem Schlusswort allen Anfragenden gerecht werden. Leider war, entgegen sonstigen Gepflogenheiten, diese Versammlung äußerst schwach besucht, was Bezirksvorsitzender W e r t h lebhaft bedauerte. Nach Erledigung einiger lokalen Angelegenheiten fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß. Der Arbeitsnachweis (einschließlich Worms) zeigt an Arbeitslosen 169 Kollegen. Dazu kommen noch 23 Kranke und 25 Invaliden, so daß von nahezu rund 500 Mitglieder 217 gegenwärtig dem Arbeitsprozess entgegen sind, hierzu kommt dann noch ein großer Teil Kurzarbeiter.

Schweningen a. N. Unsre im August abgehaltene J a h r s v e r s a m m l u n g hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Auch die auswärts wohnenden Kollegen waren wieder einmal anwesend. Vorsitzender S a m e r gab einen eingehenden Bericht über die Lage der Kollegen und des Verbandes. An Hand des Jahresberichts des Verbandes wurden die finanziellen Verhältnisse ausführlich besprochen und die Maßnahmen des Verbandsvorstandes betreffs Erhöhung des Beitrags und der Kürzung der Leistungen ins rechte Licht gestellt. Die Einführung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und Einstellungsangabe stellte der Vorstand als obersten Grundsatz auf zur Betämpfung des Arbeitslosenstands und forderte von dem V D G B, den angegliederten Verbänden energisches Handeln. Die Lage im Gau, Bezirk und Ort wurde ebenfalls erörtert. Am Ort wurde eine Hausdruckerei geschlossen, wodurch zwei Kollegen arbeitslos wurden. Die Maßnahmen der sozialdemokratischen „Volksstimme“ die die Leistungsulage erheblich kürzte, löste schon in der früheren Versammlung starken Unwillen aus, um so mehr, als in den bürgerlichen Betrieben sich heute noch nicht einmal der Versuch gemacht wurde. Alle Veranstaltungen wurden gut durchgeführt. Mit dem Appell zur Treue dem Verband, beendete der Vorsitzende seinen Bericht. Den Kassenbericht erstattete Kollege S c h e n e r. Der Bericht wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Berichte der übrigen Funktionäre ergänzten die Tätigkeit der Vorstandschaft und wurden mit Beifall aufgenommen. Der Vorstand dankte allen im Namen der Kollegen mit der Bitte, in der kommenden schweren Zeit ihre ganze Kraft dem Verband zu leihen. Sodann wurde der Punkt „Bezirksversammlung“ besprochen und in Verbindung damit die Feier des 25-jährigen Ortsvereinsjubiläum. Als Tag wurde der 11. Oktober bestimmt. Der Programmentwurf wurde reiflich genehmigt. Eine Preisliste soll die Kollegen über 25 Jahre Ortsvereinsgeschichte auflären. Heute schon rufen wir den Kollegen ein herzliches Willkommen für den 11. Oktober in der Uhrenstadt Schweningen zu. Wir werden allen den Aufenthalt angenehm gestalten.

Wiesbaden. Anlässlich des Referats unsres zweiten Verbandsvorsitzenden B a r t h, „Unsre Aufgaben in Staat und Gesellschaft“, fand hier am 18. August eine B e z i r k s v e r s a m m l u n g statt. Kollege S c h ä p e r begrüßte den Verbandsvertreter. Nachdem der Kollegengangsverein „Gutenberg“ einen Chor zu Gehör gebracht hatte, wurden die geschäftlichen Mitteilungen erledigt. Ganz besonders machte Kollege Schäfer auf den Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. aufmerksam. Alle Kollegen, denen es möglich sei, sollten sich an dem Aufmarsch der organisierten Arbeiterkraft beteiligen. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen erhielt Kollege Barth das Wort und führte etwa folgendes aus: Das Massenelend, das zur Zeit in ungeheuren Formen herrscht, ist nicht nur eine Erbsünde in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt. 20 Millionen Arbeitslose, davon 12 Millionen in Europa, sind die Opfer der Technik, Erfindungen, Abarholungen und Rationalisierungen der Betriebe. Auf der einen Seite die große Not und Kampf um Erhaltung der Freiheit und auf der anderen Seite Profiterhöhung und Preiserhöhung, Vernichtung der Rohmaterialien in einer Zeit der größten Not. Besonders wurden die Folgen der Notverordnungen getuschelt. Sollte es nicht am laufenden Band bergab gehen, so müsse eine Umkehr in der Wirtschaftsführung stattfinden. Städte und Gemeinden stehen am Abgrund, reale Kreditwürdigkeit muß wieder geschaffen werden. Der 14. September 1930 habe das Vertrauen zu Deutschland im Ausland erheblich vernichtet. Die Folgen der Septemberwahrheit waren die Zurückziehung des ausländischen Kapitals aus Deutschland und die Verschöpfung deutschen Kapitals nach dem Ausland. Der Zusammenbruch des Nordwalde-Kongress und der Danabank wirkte sich katastrophal bis in die kleinsten Betriebe aus. Kurzarbeit und Stilllegung waren die Folgen. Diese Notzeiten wurden dann von links- und rechtsradikalen Parteien dazu benutzt, um wilde und gemeine Hege gegen den Staat und die freien Gewerkschaften zu treiben. Die dann zum Schutze der Regierung erstellte Notverordnung über politische Ausschreitungen hatte unendliche Zeitungserbote zur Folge, und die Geschädigten waren unsre Kollegen. Der Verleger ist geschädigt durch sein Abonnementgeld und die Hebatteure durch ihr Gehalt. Der Verband forderte deshalb in Eingaben, daß, wenn die Kollegen entlassen werden, ihnen sofort die Erwerbslosenunterstützung gewährt wird. Die Hauptaufgabe sei zur Zeit eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich und Einstellungsangabe. Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister und der Prinzipalität führten leider bisher zu keinem Erfolg. Die vom Verband gezahlte Notstandsunterstützung belaste die Verbandskasse ärgerlich stark. Nur schweren Herzens konnte sich der Verbandsvorstand entschließen, eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Wir dürfen nicht vom Standpunkt unsrer Organisation die übrigen Organisationen

betrachten, denn von 20 Millionen Arbeitern in Deutschland sind nur 5 Millionen freigewerkschaftlich organisiert. Das hindert auch am Vordrängen. Wir müßten versuchen, die fernliegenden Arbeiter aufzuklären und feste Verbindungen mit unsern ausländischen Arbeitsbrüdern zu schaffen. Wir müßten beweisen, daß nicht Nazi und Stahlhelm in Deutschland marschieren, sondern die Arbeiterkraft und unser Ruf ist „Gegen Krieg, für Frieden und Völkerverständigung!“ Wir müßten die Institutionen der Arbeiterkraft unterziehen und weiter ausbauen. Einig und geschlossen zusammenstehen, dann gehts vorwärts und aufwärts! Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich 12 Kollegen. Es wurde ausgeführt: Seit dem letzten Lohnabbau ist ein Preisrückgang nicht zu verzeichnen, sondern im Gegenteil eine Preissteigerung. Die Mietpreise sind fast unerträglich, auch hier gilt es, Abhilfe zu schaffen. Wir müssen Wege finden, um aus diesem Chaos herauszukommen. Eine Arbeitszeitverkürzung könne nur bei einem Lohnausgleich und Einstellungsangabe in Frage kommen. In seinem Schlusswort führte Kollege B a r t h aus, daß die Arbeiterkraft dem Kapitalismus den härtesten Kampf anjagen müsse, und daß es darum gehe, das zu erhalten, was in hartem Kampfe errungen worden ist.

Worms. Am 17. August fand hier eine B e z i r k s v e r s a m m l u n g statt. Der Besuch war nicht besonders zufriedenstellend, das gilt namentlich von den Kollegen am Ort. Von 77 Beschäftigten befinden sich 41 in Kurzarbeit, während 31 ohne Erwerb sind. Ebenfalls wurde vom Lohnabbau bei verschiedenen Firmen mit Erfolg Gebrauch gemacht, sogar das Kollekt der Lehrlinge wurde nicht verschont. Durch schon fünfjährigjährige Verzögerung einer Haupt-Kontrahatsprüfung konnte diese Sache leider noch nicht geregelt werden, so daß der Bezirksvorstand mit allem Nachdruck Abhilfe schaffen muß. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Die Bezirksliste ist vom Kassierer vor kurzem geprüft worden. Sodann referierte Kollege B a r t h (Berlin) über das Thema: „Unsre Aufgaben in Staat und Gesellschaft“. Von der allgemeinen Wirtschaftslage kam er auf die Notverordnungen mit ihren Beanstandungen zu sprechen, ferner auf die Frage der 40-Stunden-Woche und ging schließlich auf unsre eigenen Verhältnisse über. Wenn auch ab und zu der Vortrag durch Zwischenrufe unterbrochen wurde, so konnte der Referent doch überzeugt sein, daß man seinen Worten mit Aufmerksamkeit lauschte. Reicher Beifall bewies ihm den Dank der Versammlung. Bis auf einige Punkte gingen die Diskussionsredner mit dem Referenten einig. In Hand einer Tabelle, herausgegeben aus dem Verbandes- und Gauverteil, mußte der Vorstand leider den Vorschlag auf Kürzung des Praktikums unterbreiten. Der Bezirk zahlt prozentual mit die höchsten Ortsgebühren gegenüber andern größeren Bezirken. Der Vorschlag wurde, wenn auch schmeren Herzens, gutgeheißen. Unter „Verschiedenem“ wurde noch eine vom Gauvorstand übermittelte Summe für Bildungszwecke an die Sparten verteilt. Zwölf durchreisende Kollegen begrüßten uns mit ihrem Besuch.

Allgemeine Rundschau

Kommunistischer Schwindel! Durch die kommunistische Tagespresse macht ein Artikel die Runde, in dem er anderem behauptet wird, daß der B e r b a n d in der D e u t s c h e n B u c h d r u c k e r in den letzten Wochen durch Verkauf von Wertpapieren Hunderttausende Mark Gewerkschaftsgelder verloren habe. Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker stellt dazu fest, daß dieser Schwanerkei n e i n w a s s e s W o r t i s t. Weder sind vom Hauptvorstand oder einer seiner Gaukassen in den letzten Wochen überhaupt Wertpapiere verkauft, noch sind solche jemals zu einem früheren Zeitpunkt mit Verlust abgetrieben worden.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenzählung in unserm Verband im Monat A u g u s t erstreckte sich auf 204 Berichtsstellen. 20 von diesen mit 5770 Mitgliedern fanden keinen Bericht an den Verbandsvorstand ein. Die Mitgliederzahl betrug 91 500 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 25 593 (gegen 22 899 im Juli). Verfügt arbeiteten 12 205 (gegen 5887 im Juli) und zwar bis zu 8 Stunden 6985, 9 bis 16 Stunden 3362, 17 bis 24 Stunden 1594, 25 und mehr Stunden 264 Mitglieder.

Beifall bei der Berliner Badenrunde. Die „Alten Baden“ in Berlin hatten in diesen Tagen einen sehr erfreulichen und zugleich ehrenden Besuch. Der 73jährige Kollege Klemanski, Mitglied der „Deutsch-amerikanischen Typographie“, hatte sich eingefunden und überbrachte Grüße der dortigen Kollegenschaft. Er war bis 1888 in Berlin in verschiedenen Druckereien als Setzer tätig, wanderte dann nach Amerika aus und arbeitete bis vor Jahresfrist in New York; dann trat er in die Reihen der dortigen Invaliden. Noch einmal suchte er seine Heimat, Ostpreußen, auf, noch einmal wollte er mit deutschen Kollegen in Berlin zusammen sein und, wenn möglich, mit ihnen Kollegialität und Freundschaft erneuern. Im „Badenkreis“ konnte er dies, denn hier traf er Kollegen, mit denen er in den 80er Jahren nicht nur zusammen arbeitete, sondern auch für den Buchdruckerwerb kämpfte. Nunmehr wieder auf der Mittelreise begriffen, wird er hoffentlich das Bewußtsein mitgenommen haben, daß der alte Buchdruckergeist und die kollegiale Zusammenkunft in der „Runde“ immer noch vorhanden und weiter gepflegt wird. Begreiflicherweise hat der alte Kollege auch nicht veräußert, unserm Verbandshaus einen Besuch abzustatten.

Sprachentwurf in Groß-Berlin. Anfang Oktober 1931 begannen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die Winterkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzgefüge und Sprachlehre, Fremdwörterkunde, „mir“ oder „nich“, grammatische Schwierigkeiten, Satzbau, Anfertigung von Aufträgen. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich ge-

